

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Adolf Domick, Berlin N24, Elsaßerstr. 86-88.
Verlag: Otto Siller, Berlin N 21.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition Conrad Mäller, Schkeuditz, Augustastraße 8-9 — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt! Für Vereinmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Unser Verband im Jahre 1913 und 1914. I. Rundschau. Für die Familien der Kriegsteilnehmer. Der amerikanische Rüstungstrust. — **Photogr. Mitarbeiter:** Unterm Burgfrieden. — Totenliste.

Bekanntmachungen.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: z. H. des Geschäftsführers Herrn Rich. Köhler.

Tarifausschuß betreffend.

Kreis 1: Prinzipals-Vertreter: Dr. Siegfried Toeche-Mittler, Berlin SW 68, Knochstr. 70/71;
Kreis 4: Gehilfen-Vertreter: Karl Popp, Stuttgart, Kanonenweg 201;

Berlin, den 14. Juni 1915.

Kommerzienrat Aug. Meisenbach, stellvertr. Prinzipalsvorsitzender.

Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.
Rich. Köhler, Geschäftsführer.

Unser Verband in den Jahren 1913 und 1914.

I.
Der Jahresbericht für das Jahr 1913 war bereits gesetzt, als plötzlich die Kriegserklärung das Interesse der Gewerkschaftsmitglieder in gänzlich andere Richtung bewegte. So sahen wir uns schließlich gezwungen, auf die gewohnte Berichterstattung für das Jahr 1913 zu verzichten. Wieder ist seit dem ein Jahr verflossen. Das Geschäftsjahr 1914 liegt mit seinen fürchterlichen Ereignissen hinter uns. Wenn wir heute zusammenfassend die gewerkschaftliche- und Verwaltungsarbeit unserer Organisation, die Entwicklung der Kassenverhältnisse und des Mitgliederstandes betrachten wollen, dann dürfen wir wohl kurz das im vorigen Jahr Versäumte nachzuholen versuchen. Das wird für unsere Kollegen deshalb von Interesse sein, weil beide Jahre im schärfsten Gegensatz zu einander stehen.

Ruhig, ohne tiefeinschneidende Ereignisse ist das Jahr 1913 für den Gesamtverband verlaufen. Nur zwei Episoden heben sich deutlicher aus dem Jahreslauf heraus: Die Generalversammlung in Stuttgart und der Neubeschluß des Chemigraphen- und Kupferdrucker-tarifs. Die Generalversammlung unseres Verbandes stand noch unter der Wirkung des im vorhergehenden Jahre abgelaufenen Streiks und der Aussperrung. Heftig platzten die Gemüter auf einander, aber doch immer und bei allen von der Absicht getragen, durch Kritik und Neuanschläge die eigene Organisation zu stärken und zu kräftigen. Die hervorsteckendsten Änderungen, die in Stuttgart beschlossen wurden, beziehen sich auf die Gründung einer Jugendzentrale, einer technischen Zentrale, auf die jährliche Abhaltung einer Gauleitersitzung und auf die Abhaltung außerordentlicher Generalversammlungen bei großen Lohnbewegungen.

Die auf der Generalversammlung gewünschte Lehrlingszentral-Kommission ist bereits gegründet und hat auch ein eingehendes Programm für die Agitations- und Fortbildungsarbeit der Jugendleiterkonferenz in Erfurt vorgelegt.

Wichtig, und für das Leben in den Mitgliedschaften von besonders erfreulicher Wirkung erwies sich der Beschluß der Generalversammlung, eine technische Zentrale ins Leben zu rufen, die die fortlaufende Sammlung und Bearbeitung des Materials zu besorgen hat, das über die Entwicklung der Technik im Gesamtgewerbe von Bedeutung ist. Auch diese technische Zentrale ist gegründet worden. Mit dankenswerter Eifer haben eine Reihe Kollegen sich dieser aufreibenden Arbeit unterzogen. Eine bedeutende Sammlung graphischer Drucksachen ist bereits zusammengekommen, doch fällt die beherrschende Verwertung des jetzt schon reichen Materials hauptsächlich in das laufende Jahr. Mit der Generalversammlung war je eine Lithographen-, Steindrucker- und Chemigraphen-Konferenz verbunden. Die letztere konnte sich sofort mit dem Resultat der kurz vorher abgeschlossenen Tarifverhandlungen beschäftigen.

In verschiedenen Städten hatte sich gegen diesen, Anfang August abgeschlossenen Chemigraphentarif eine lebhaft Diskussions erhoben; erregte Versammlungen fanden statt, die, besonders in Berlin, vor allem gegen die Minimallohnstaffel protestierten. Erst einer erneuten Konferenz, die am 28. September 1913 in Leipzig tagte, gelang es, alle übertriebenen Bedenken gegen den neuen Tarif zu zerstreuen, und die Kollegen zu erstem Kampfe gegen eventuell beabsichtigte Verschlechterungen zusammenzuführen.

Wenn das Jahr 1913 frei war von großen, ernststen Konflikten, so darf das nicht heißen, daß die Gewerkschaftsarbeit zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder stillgestanden hätte. Nur ein Streik von 14 tägiger Dauer fand im Berichtsjahre statt, an dem 8 Kollegen beteiligt waren. Aber 59 Lohnbewegungen zeigten, daß wir nicht ruhen. In all diesen Lohnbewegungen, mit Einschluß des genannten kleinen Streiks, gelang es uns, zum Teil erhebliche Vorteile für die beteiligten Kollegen zu erzielen. Beteiligt waren an diesen Bewegungen 1209 Personen. Durch Verhandlungen erreichten wir für 764 Personen Lohnerhöhungen im Gesamtbetrage von 1096 Mk. pro Woche, Arbeitszeitverkürzungen für 940 Personen um 1407 Stunden pro Woche. Außer den drei größeren Tarifen für Chemigraphen und Kupferdrucker, ferner für Lichtdrucker, für Formstecher und einige kleinere für Photographen hatte der Verband im Berichtsjahre noch 56 Tarife, die für 1628 Personen in Geltung waren. Der Verband hat insgesamt 63 Tarife abgeschlossen, die für 5691 Personen Geltung haben. Davon arbeiten unter dem Chemigraphentarif 2700 Kollegen, dem Lichtdruckerarif 665 Kollegen, dem Formstecherarif 350 Kollegen und zirka 100 Photographen arbeiten ebenfalls unter tariflichen Bedingungen.

Mußten wir für das Jahr 1912 eine fortgesetzte Steigerung unserer Ausgaben auf Grund der überaus schlechten Konjunktur feststellen, so hat sich dieser Zustand im Jahre 1913 noch verschlimmert. Die Arbeitslosen-

unterstützung, die unser Verband im Jahre 1912 auszahlen mußte, betrug 142338 Mk., im Jahre 1913 aber 149740 Mk., ist also um zirka 7000 Mk. gestiegen. Auch die Summe für Krankenunterstützung ist bedeutend gestiegen, von 189490 Mk. im Jahre 1912 auf 205439 Mk. im Jahre 1913, ein Mehr von 15949 Mk. Sämtliche andern Unterstützungen sind zurückgegangen. Am geringsten ist natürlich der Ausgabeposten für Lohnbewegungen. Er betrug 665 Mk. gegen 834652 Mk. im Aussperrungsjahr 1912. Der Kassenbestand am 31. Dezember 1913 betrug in Hauptkasse und Mitgliedschaften zusammen 137874,18 Mk. Die Gesamtausgaben betragen im Berichtsjahr 1093846,08 Mk., die Gesamteinnahme betrug 1025432,58 Mk. Da aber die Ausgabe mit einem Darlehensposten von 230992 Mk. belastet ist, würde sich nach berechtigtem Abzug dieser Summe ein Überschuß von 161586 Mk. ergeben.

Zum Schluß noch einige Worte über die Mitgliederbewegung. Das Jahr 1912 schloß mit 16619 Mitgliedern ab. Das IV. Quartal 1913 verzeichnete dem gegenüber einen Verlust von 86 Mitgliedern, eine geringe Zahl, die noch geringer wird, wenn wir dabei berücksichtigen, daß die Zahl der Halbm Mitglieder allein um 39 zurückgegangen ist. Wenn der Gesamtberuf zurückgeht, dann können wir nicht erwarten, daß unsere Mitgliederzahl wächst; am allerwenigsten dann, wenn eine schwere wirtschaftliche Krise das Gewerbe belastet.

Rundschau.

Die Gewerkschaften im neunten Kriegsmonat. 958247 Mitglieder der freien Gewerkschaften waren bis zum 30. April zum Kriegsdienst eingezogen, heute wird die erste Million wohl schon stark überschritten sein. Unser Verband ist an der Zahl vom 30. April mit 39,1 v. H. seiner Gesamtmitgliedschaft beteiligt, gegen 41,7 v. H. aller Gewerkschaften. Den höchsten Prozentsatz weisen die Bäcker auf mit 76,8 v. H., während die Tabakarbeiter mit 21,6 den geringsten Anteil haben. Auch die Mitgliederzahl ist in dieser Zeit ganz bedeutend gefallen. Am Schlusse des 2. Quartals hatten die Verbände noch 2521303 Mitglieder, am 30. April 1915 aber nur noch 1323978. Zurückgegangen ist auch die Zahl der Zweigvereine. Mit der weiteren Einziehung häufen sich eben die Schwierigkeiten, besonders für die kleineren Mitgliedschaften. Hieraus erklärt sich wohl auch zum größten Teil der Verlust an Mitgliedern. Einige Verbände haben trotzdem sogar eine erhebliche Zahl Neuaufnahmen zu verzeichnen, so die Bauarbeiter 14513, die Transportarbeiter 14122 und die Holzarbeiter 10400. Über die Arbeitslosigkeit berichtet die Statistik der Generalkommission vom 30. April d. J. folgendes: Es wurden Arbeitslose gezählt: 36081, das sind 2,8 v. H. der Mitglieder, während unser Verband an diesem Tage mit 4,8 v. H. immer noch wesentlich über dem Durchschnitt stand. Für die Beurteilung der Beitragseinnahme fällt aber noch ins Gewicht, daß neben den 36081 Arbeitslosen 82572 Mitglieder bei verkürzter Arbeitszeit und verringertem Lohn arbeiteten. Damit fallen auch die Einnahmen der Gewerkschaften geringer aus, als es nach der verbleibenden Mitgliederzahl den Anschein haben muß. Der Vorsorge für die Zeit des Kriegsschlusses und der Wiederkehr der Millionen Eingezogenen erwachsen dadurch weitgehende Schwierigkeiten.

Die Lebensmittel steigen weiter! Ununterbrochen erhöhen sich die Preise für die notwendigen Lebensmittel. Nach Berichten aus 194 Orten des Deutschen Reiches ermittelten sich die Kosten des

wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie, berechnet auf Grund der Nahrungsmittelration eines deutschen Marine-Soldaten, im Monat April durchschnittlich auf 34,41 Mk. gegen 32,90 Mk. im vorangegangenen Monat. Der vormonatlichen Steigerung der Reichsdurchschnittsziffer um 1,41 Mk. folgte demnach im Berichtsmontat eine Verteuerung um 1,51 Mk. pro Woche. Die Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt seit Kriegsausbruch, also seit August vorigen Jahres bis April diesen Jahres nicht weniger als insgesamt 9,45 Mk. pro Woche auf Grund der oben angeführten Berechnung.

Bergarbeitersstreik in Niederschlesien. Auf der Wenzelaus-Grube im Neuroder Steinkohlenrevier streiken seit Dienstag die Hauer und Schläfer. Die Bergarbeiter der Nacht- und Tagesschichten sind nicht angefahren. Verhandlungen zwischen der Grubenleitung und einem Vertreter der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes unter Mitwirkung eines Bergrats sind eingeleitet. Die Situation ist ernst, da stündlich neue Meldungen über das Anwaschen der Zahl der Ausständigen einlaufen. Die Ursache dieser plötzlich und mit großer Heftigkeit ausbrechenden Streikbewegung, an der organisierte sowohl wie unorganisierte Bergleute beteiligt sind, ist in der Verweigerung einer von der Belegschaft geforderten Lohnzulage zu erblicken. Daß der Streik aber ganz plötzlich ohne vorherige Verständigung der Organisationsleitung ausbrach, hat ein Aushang der Grubendirektion verschuldet. In diesem Aushang wurde angekündigt, daß in Zukunft an die Frauen ihrer im Felde stehenden Bergarbeiter nicht mehr 4 Proz. sondern nur noch 2 Proz. Unterstützung gezahlt werden. Auch sollen den Bergarbeitern, die bisher zu diesem Zweck 4 Proz. ihres Lohnes opferten, nur noch 2 Proz. abgezogen werden. Auf diese Weise glaubte die Grubenvorwaltung um die Lohnerhöhung herumzukommen. In Wirklichkeit sollte also die größere Lohnsumme auf Kosten der Unterstützung der Kriegerfrauen aufgebracht werden, ohne daß die Grube einen Pfennig zuzulegen brauchte.

Für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Der in der letzten Nummer der »Graphischen Presse« abgedruckte Artikel g. h. geht leider von falschen Voraussetzungen aus. Es wird gesagt, daß die Beratungen des Reichstags über die Unterstützungen der Kriegsinvaliden und der Militärhinterbliebenen zu einer Erweiterung der Bezüge geführt hätte, auf die ein Anspruch schon jetzt bestehe. Das stimmt nicht. Die Erweiterungen sind lediglich in Aussicht gestellt. Zurzeit gilt für die Invaliden nur das sogenannte *Mannschaftsversorgungsgesetz* vom 31. Mai 1906 und für die Hinterbliebenen das *Militärhinterbliebenengesetz* vom 17. Mai 1907. Nur auf dort gesetzlich festgelegte Bezüge besteht ein Anspruch. Mehr durch Anträge oder durch ein Streitverfahren zu erreichen, ist gegenwärtig noch ausgeschlossen.

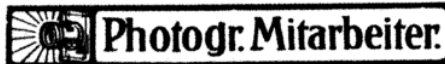
Hermann Müller.

Der amerikanische Rüstungstrust.

Infolge der ungeheuren Lieferung von Waffen und Munition für die alliierten Länder finden die amerikanischen Rüstungsindustrien auch im Auslande große Beachtung. Aber auch der heimatlische Bedarf hat in den letzten Jahrzehnten eine ungeheure Förderung der Rüstungsindustrie der Vereinigten Staaten gebracht. Gibt doch die Regierung der Vereinigten Staaten nicht weniger wie 240 Millionen Dollar jährlich für Rüstungszwecke aus. Daß diese Summe sich ständig erhöht, dafür sorgen schon die Interessenten. Wie das geschieht, legt ein junger Abgeordneter, Clyde H. Tavenner, in einer Serie von Artikeln dar, die aber nur ein geringer Teil der amerikanischen Presse zu veröffentlichen wagte. Er tritt in diesen Artikeln ähnlich wie sein englischer Gesinnungsfreund Newbold, für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ein. Unter anderem würde

die Regierung auf diese Weise viele Millionen alljährlich ersparen können. Auch die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben könnten dann verbessert werden, denn nach den offiziellen Berichten beträgt die Arbeitszeit für 51 Proz. aller Arbeiter in der Rüstungsindustrie nicht weniger wie 12 Stunden pro Tag. Der eigentliche amerikanische Rüstungstrust besteht aus wenigen großen Gesellschaften und zwar aus der Bethlehem-Stahlgesellschaft, der Midvale-Stahlgesellschaft, und der Carnegie-Stahlgesellschaft. Allein für Panzerplatten haben diese Firmen seit 1887 von den amerikanischen Marinebehörden rund 95 Millionen Dollar erhalten. Die gesamten Pulverlieferungen der Vereinigten Staaten sind dem großen Du Pont Pulvertrust übertragen, der keinerlei Konkurrenz hat. In den letzten 10 Jahren hat dieser Trust über 25 Millionen Dollar für Pulverlieferungen erhalten. Für 30 Millionen Pfund Pulver zahlte die Regierung der Gesellschaft 65 Cents pro Pfund, obwohl sie zur gleichen Zeit in einer kleinen staatlichen Pulverfabrik dasselbe Pulver für 36 Cents herstellte. Der Stahltrust liefert Stahlplatten an Rußland für 249 Dollar pro Tonne, während die Vereinigten Staaten andauernd 616 Dollar für die Tonne bezahlen müssen. An einer Reihe ähnlicher Beispiele zeigt Tavenner, wie auch das amerikanische Volk vom Rüstungstrust geprellt wird. Auch weist er auf die interessanten Beziehungen hin, welche die Rüstungsfabrikanten aller Länder miteinander haben. So wird festgestellt, daß die amerikanischen Rüstungsfirmen, über deren Vorgehen die Deutschen sich sehr entrüsten, zum Teil mit deutschem Kapital arbeiten, wenn auch der Einfluß dieser Kapitalbesitzer nicht genügen würde, um die betreffenden Firmen zu anderem Vorgehen in der jetzigen Zeit zu veranlassen. Das Rüstungskapital ist eben international und wird sich zweifellos nach dem Kriege auch am aller schnellsten wieder verständigen, um die gemeinsame Ausnutzung aller Völker durch ihre Verletzung gegeneinander weiter zu treiben, solange nicht die Regierungen dazu übergehen, die Rüstungsindustrien mit einem Schlage zu verstaatlichen. Die auf diesem Gebiete in England und jetzt in den Vereinigten Staaten gemachten Entdeckungen dürften sehr dazu beitragen, diesen Schritt zu beschleunigen.

I. K.



Unterm Burgfrieden.

Wenn man die »Kriegsnummern« des »Photograph« durchblättert, hat man Gelegenheit, interessante Zahlenverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt des photographischen Berufes kennen zu lernen. Es wurden am 11. Dezember 1914 75 offene Stellen angeboten, davon 12 für weibliches Personal, dem standen 34 Stellensuchende, darunter 13 weibliche, gegenüber. Auf dem Nachweis der Organisation zu Berlin befanden sich damals nur 5 Kollegen, die bald genug untergebracht waren. Am 31. Dezember 1914 wurden 125 Stellen (darunter 19 für weibliches Personal) angeboten; Stellensuchende waren nur noch 14, wovon 4 weibliche. Am 8. Januar 1915 finden wir 237 (davon 28 weibl.) Angebote; 45 (darunter 13 weibliche) Stellensuchende. Am 29. Januar 1915 239 (darunter 29 weibliche) Angebote, 48 (13 weibliche) Stellensuchende. Jetzt frug sogar der Nachweis der Unternehmer der Zwangsinnung in Berlin bei der Stellenvermittlung unserer Organisation an, aber vergebens, denn Gehilfen waren tatsächlich nicht mehr zu haben. Nicht etwa, daß keine vorhanden gewesen wären, die bei halbwegs ausreichender Bezahlung wieder in ihrem Berufsstellung angenommen hätten. Eine Anzahl Gehilfen war eben in andere Branchen hineingeschlüpft, wo sie bessere Bezahlung, wenn auch bei erhöhter Arbeitsleistung erreichten. Sie erzielten höheren Lohn als die Mehrzahl jener 239 nach Gehilfen suchenden Chefs, den sich um die betreffenden Stellen Bewerbenden anzubieten für nötig hielten. Doch sehen wir weiter. Am 1. April 1915 245 (darunter 26 weibliche) Angebote, demgegen-

über 16 (davon 4 weibliche) Gesuche. So ähnlich, mit unmerklichen Schwankungen geht es fort; wir wollen noch eine Nummer des »Photograph« aus der letzten Zeit, vom 4. Juni 1915, erwähnen, in der 262 (darunter 32 weibliche) Angebote und ca. 30 Gesuche enthalten sind! — Der »Photograph« gibt sich ersichtlich Mühe, die Angebote für die holde Weiblichkeit derartig unter die übrigen zu verschränken, daß eine Übersicht schwer wird. Doch findet man bei näherer Einsicht, daß in den angeführten letzten Nummern noch etwa 65 Stellenangebote (pro Nummer!) zu lesen sind mit dem eingeklammerten (in), von denen wir aus Erfahrung wissen, daß unter dieser Flagge nur nach billigen Arbeitskräften gesucht wird. Im Bereich der Berliner Zwangsinnung sind zurzeit ca. 300 männliche Arbeitskräfte weniger und 300 weibliche mehr beschäftigt wie sonst, was eine starke Verschiebung der Arbeitsverhältnisse bedeute. Bei der so plötzlichen starken Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte, die meist als ungelernete in den Beruf hineinkommen, wird die Güte der Arbeit nicht gewinnen. Aber auch auf die Arbeitsverhältnisse dürfte das nicht ohne Rückwirkung bleiben. Die weibliche Arbeitskraft stellt auch in der Photographie den billigsten Behelf dar, trotzdem das Billigste auch hier in der Praxis sich als das Teuerste herausstellen wird.

Man sollte wirklich meinen, daß es in dieser schweren Zeit jedem Unternehmer, der aus der Situation Profit zieht, angelegen sein lassen müßte, durch entsprechende Bezahlung das zu fördern, was sogar die Regierung zu halten bestrebt ist, »den Burgfrieden«. Auch wäre hier für den Zentralverband deutscher Photographen-Vereine mal Gelegenheit gewesen, zu zeigen, ob er berechtigten Wünschen und Notwendigkeiten zugänglich ist. — Der sächsische Photographenbund, dessen Vorsitzender auch Vorsitzender des Zentralverbandes ist, hat wohl die Preise der Bilder erhöht, aber nicht die Löhne der Gehilfenstaffel aufzubessern empfohlen. Verhandlungen mit dem Zentralverband über eine allgemeine Lohnaufbesserung konnten bei der konsequent ablehnenden Stellung seines letzten Verbandstages gegen unsere Organisation nicht stattfinden. In Berlin bewies sogar die dortige Zwangsinnung ihre seltsame Auffassung vom »Burgfrieden«, indem sie der Gehilfenschaft dem gemeinsamen Nachweis angekündigt — wahrscheinlich, um ihren Gegensatz zur Wiener photographischen Genossenschaft, welche für die Gehilfenschaft eine Teuerungszulage im Kreise der Genossenschaftsmitglieder auszuwirken bestrebt ist, zu dokumentieren. Die Photographische Kunst hat die Mitteilung der Teuerungszulagen in Wien auch gebracht, aber ohne dasselbe für Deutschland zu empfehlen. Es ist ja auch angenehmer, etwas derartiges vom Ausland zu berichten, wie im Inland dafür einzutreten. Dabei ist wohl zu beachten, daß sogar die Zeitschriften der Prinzipalsvereine, soweit sie nicht direkte Verbandsorgane des Zentralverbandes sind, sich dessen Wünschen fügen müssen, wenn sie nicht in Acht und Bann erklärt werden wollen. Und das unter dem Zeichen des Burgfriedens! Es wäre den meisten Firmen angesichts der wirklich guten Konjunktur ein leichtes, höhere Löhne zu zahlen, umso mehr als Überstunden fast überall gemacht und alle Kräfte angespannt werden. Einzelne haben sich ja auch dieser Einsicht nicht verschlossen. Bei dem Versagen einer korporativen Verständigung bleibt nun nichts anderes übrig, als mit einzelnen Firmen zu verhandeln und bei Neubesetzung von Stellen höhere Löhne zu fordern. Auch fragen jetzt die Innungsmeister nicht danach, ob gelernete oder ungelernete, ob geprüfte oder ungeprüfte Arbeitskraft; alle diese »Ideale« der Innungsmeister sind außer Kurs gesetzt, weil es nicht in den Profit hinein paßt. Nach dem Krieg, wenn wieder die läbliche Konkurrenz drückt, holt man diese »Ideale« des Innungsmeisters wieder hervor. Das sind die Ausblicke, welche die Gehilfenschaft für die Zeit nach dem Kriege hat, wenn sie nicht aus den Vorgängen lernt und ihre Organisation stärkt und ausbaut.

Totenliste

† Am 30. November in Nürnberg **Emil Ulich**, Steindrucker aus Cottbus, 78 Jahre alt, an Herzleiden, Invalide seit 2. April 1913. — Eingetreten in Nürnberg am 1. Januar 1893.

† Am 14. Februar in Frankfurt a. M. **Wilhelm Berz**, Steindrucker aus Schwanheim bei Frankfurt a. M., 75 Jahre alt, Arterienverkalkung und Altersschwäche, Invalide seit 1. Januar 1911. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

† Am 23. März in Offenbach a. M. **Franz Wade**, Steindrucker aus Nieder-Roden, 82 Jahre alt, an Altersschwäche. Invalide seit 18. Januar 1903 — Eingetreten in Offenbach am 1. Januar 1893.

† Am 9. April in Nürnberg **Gustav Böhme**, Steindrucker aus Liebertwolkwitz bei Leipzig, 60 Jahre alt, an Herzschlag. — Eingetreten in Nürnberg am 20. Juli 1903.

† Am 22. Mai in Nürnberg **Georg Sengenberger**, Steindrucker aus Oberburg, 35 Jahre alt, an Lungen- und Kehlkopfleidern, krank 35 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Nürnberg am 26. Dezember 1904.

† Am 23. Mai in Schwabach **Christian Schmid**, Steindrucker aus Stuttgart, 71 Jahre alt, an Arterienverkalkung und Altersschwäche, krank 11 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Nürnberg am 5. Januar 1874.

† Am 2. Juni in Leipzig **Johann Angelmi**, Lithograph aus Teschen in Österreich, 56 Jahre alt, Nervenleiden, Schlaganfall, Invalide seit 5. November 1911. — Eingetreten in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 9. Juni in Berlin **Friedrich Feist**, Lichtdrucker aus Starkstadt in Böhmen, 58 Jahre alt, an Nierenentzündung, krank 21 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in München am 15. Januar 1911.

† Am 12. Juni in Crimmitschau **Alfred Kapp**, Steindrucker aus Wahlen bei Crimmitschau, 31 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 35 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Crimmitschau am 15. April 1902.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburtstag und -Jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.